

**Satzung
der Gemeinde Kollnburg
über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung
ihrer Bestattungseinrichtung sowie für damit in Zu-
sammenhang stehende Amtshandlungen
(Friedhofsgebührensatzung)**

Auf Grund von Art. 8 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes (BayRS 2024-1-I) und Art. 22 Abs. 1 des Kostengesetzes (BayRS 2013-1-1-F) erläßt die Gemeinde Kollnburg folgende Satzung:

**Erster Teil
Allgemeine Vorschriften**

§ 1

Gebührenpflicht und Gebührenarten

- (1) Die Gemeinde erhebt für die Benutzung ihrer Bestattungseinrichtungen sowie für die damit in Zusammenhang stehende Amtshandlungen Kosten.
- (2) Als Gebühren werden erhoben:
 - a) Eine Grabgebühr (§ 4)
 - b) Bestattungsgebühren (§ 5)
 - c) sonstige Gebühren (§ 6)

§ 2

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner ist,
 - a) wer zur Tragung der Bestattungskosten gesetzlich verpflichtet ist,
 - b) wer den Antrag auf Benutzung der Bestattungseinrichtung gestellt hat,
 - c) wer den Auftrag zu einer Leistung erteilt hat,
 - d) wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwirbt.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3

Entstehen und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebühr entsteht
 - a) im Fall des § 2 Abs. 1 Buchst. a) mit der Inanspruchnahme der nach dieser Satzung gebührenpflichtigen Leistung,
 - b) im Fall des § 2 Abs. 1 Buchst. b) mit der Bestätigung der Antragstellung durch die Gemeinde,
 - c) im Fall des § 2 Abs. 1 Buchst. c) mit der Auftragserteilung,
 - d) im Fall des § 2 Abs. 1 Buchst. d) mit der Zuteilung des Nutzungsrechts.
- (2) Die Gebühr wird mit Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

Zweiter Teil Einzelne Gebühren

§ 4 Grabgebühr

- (1) Die Grabnutzungsgebühr beträgt pro Grabstätte und Jahr für
 - a) ein Kinderreihengrab 08 DM,
 - b) ein sonstiges Reihengrab 27 DM,
 - c) ein Wahlgrab 40 DM,
 - c) eine Urnennische 43 DM.

Die Kosten für die Bestattung werden nach tatsächlichem Aufwand erhoben.

- (2) Erstreckt sich eine Ruhefrist über die Dauer des Grabnutzungsrechts hinaus, so ist die zur Verlängerung des Nutzungsrechts festgesetzte Grabnutzungsgebühr anteilig bis zum Ablauf der Ruhefrist im Voraus zu entrichten.
- (3) Bei Verzicht auf ein Grabnutzungsrecht erhält der Verzichtende vom Tag der Rechtswirksamkeit ab für jedes volle Jahr des noch nicht abgelaufenen Nutzungsrechtes die restliche noch nicht aufgebrauchte Grabnutzungsgebühr zurückerstattet.

§ 5 Bestattungsgebühren

- (1) Die Kosten für die Besorgung einer Leiche werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (2) Die Kosten für die Einsargung einer Leiche werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (3) Die Kosten für die Verbringung einer Leiche in das Leichenhaus werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.

- (4) Die Gebühr für die Benutzung des Leichenhauses beträgt 100 DM.
- (5) Die Kosten für die Tätigkeit der Leichenträger während der Beerdigung werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (6) Die Kosten für die Trauerfeier mit Beisetzung einer Urne werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.

§ 6 Sonstige Gebühren

- (1) Die Kosten für den Transport einer Leiche mittels Leichenwagen (Überführungskosten) werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (2) Die Kosten für das Ausgraben und Umbetten einer Leiche innerhalb des Friedhofs werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (3) Die Kosten für das Ausgraben und Umbetten einer Leiche zur Überführung in einen anderen Friedhof werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (4) Die Kosten für das Tieferlegen einer Grabsohle werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (5) Für sonstige Leistungen, die in dieser Satzung nicht aufgeführt sind, werden gesonderte Vereinbarungen über die Kostenerstattung getroffen, soweit das gemeindliche Kostengesetz in Verbindung mit dem Kostenverzeichnis keine Regelungen trifft. Die für solche Leistungen erhobene Entgelte bestimmen sich nach den tatsächlichen Aufwendungen. Das gilt auch dann, wenn eine Vereinbarung nicht getroffen wurde.

Dritter Teil Schlussbestimmungen

§ 7 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01. September 1999 im Kraft.
- (2) Die seit 15.02.1978 geltende Satzung tritt außer Kraft.

Kollnburg, den 10. August 1999


Wittenzellner
1. Bürgermeister